

US-Verkehrsministerium nimmt Offshore-Wind immer mehr Wind aus den Segeln

geschrieben von Chris Frey | 2. Oktober 2025

Craig Rucker

Das Verkehrsministerium hat kürzlich 679 Millionen Dollar an Bundesmitteln für Küstenhafenprojekte gestrichen, die zur Unterstützung der stark subventionierten Offshore-Windindustrie vorgesehen waren. Das Geld wird stattdessen für dringend benötigte traditionelle Infrastruktur und den Schiffbau verwendet.

Das ist nur ein winziger Bruchteil der zig Milliarden, die für Wind- und Solarenergieprojekte ausgegeben oder zugesagt worden sind. Aber die Kürzungen unterstreichen die Entschlossenheit von Präsident Trump, die Bundesmittel für diese teure Form der Stromerzeugung aus Offshore-Windkraftanlagen zu streichen, erzeugen diese doch nur 35 bis 40 Prozent der Zeit Strom.

Woher sollen die Menschen während der anderen 100 Stunden pro Woche ihren Strom beziehen? Falls Öl und Erdgas im Boden eingeschlossen sind, woher sollen sie dann ihre Farben, Kunststoffe, Arzneimittel, Kunstfasern und Kosmetika beziehen – die mehr als 6000 Produkte, die aus Petrochemikalien hergestellt werden, darunter auch die Rotorblätter der Windturbinen?

Zwölf Projekte waren davon betroffen, darunter das Offshore-Windprojekt Humboldt Bay in Kalifornien. Mit 427 Millionen Dollar war dies die bedeutendste Bundeszuschuss, der vom Verkehrsministerium zurückgezogen wurde.

Zusammen mit dem 8 Millionen Dollar teuren Redwood Marine Terminal war Humboldt das am wenigsten zu rechtfertigende aller bisher konzipierten Offshore-Windkraftprojekte. Da es vor der Küste des einstigen Golden State [= Kalifornien] keinen Kontinentalschelf gibt, planten die Befürworter der Windenergie, Turbinen von der Größe des Washington Monument auf riesigen Halbtauchplattformen zu installieren, die mit Kabeln am Meeresboden in einer Tiefe von 300 m oder mehr verankert werden sollten.

Das Konzept wurde noch nie in der Praxis getestet, und zu den unvorstellbaren Risiken gehört die Gefahr, dass die Kabel reißen könnten, wodurch ganze Anlagen in Stürmen kentern und Trümmerfelder entlang der Pazifikküste entstehen würden.

Die Finanzierung wurde auch für „Windport-Projekte“ der Bridgeport Port

Authority (Connecticut), des Hafens von Davisville (Rhode Island), Paulsboro (New Jersey), Norfolk (Virginia), Sparrows Point (Maryland) und Arthur Kill Terminal (New York) eingestellt.

Die Finanzierung für die Projekte Radio Island (North Carolina), Lake Erie (Michigan), Portsmouth Marine Terminal (Virginia) und Salem Wind Port (Massachusetts) wurde ebenfalls eingestellt.

Diese Subventionen waren raffiniert und Teil einer jahrzehntelangen Bemühung, den Mythos aufrechtzuerhalten, dass Offshore-Windenergie nahezu autark ist und immer kostengünstigeren Strom erzeugt. Wer hätte gedacht, dass die Finanzierung von Häfen am Atlantik, Pazifik und den Großen Seen eigentlich eine weitere Subvention für Windenergie war?

Das Gleiche gilt für einige der Begrifflichkeiten, wie beispielsweise das Lake Erie Renewable Energy Resilience Project. Die unregelmäßige Stromversorgung wird die Kunden sicherlich dazu zwingen, resilient zu sein – falls sie ihre Häuser im Sommer rund um die Uhr kühlen, im Winter heizen oder den Super Bowl sehen wollen.

Die Reaktionen auf die Kürzungen kamen schnell und waren vorhersehbar.

Fünf Gouverneure der Ostküste kritisierten gemeinsam das Vorgehen des Verkehrsministeriums. Die Rücknahme dieser staatlichen Zusagen gefährde Familien und mache jahrelange Fortschritte zunichte, sagten sie. Die Streichung dieser Mittel könnte „Zehntausende amerikanischer Arbeitsplätze“ in der Energiebranche kosten und Investoren davon abhalten, künftige Projekte zu finanzieren.

Umweltschützer und Vertreter der Windindustrie sagten, die Entscheidung untergrabe die „saubere“ Energiebranche, vernichte hochbezahlte Arbeitsplätze und könne zu höheren Energiepreisen führen.

Sie alle haben Unrecht. Diese Energie ist nicht „sauber“. Offshore-Windkraftanlagen benötigen 14 Mal mehr Rohstoffe als Gas-Kombikraftwerke, um die gleiche Menge Strom zu erzeugen, ohne Materialien für Notstromversorgung und Übertragungsleitungen mitzurechnen.

Das erfordert Bergbau auf der ganzen Welt, was in vielen Fällen mit der großflächigen Zerstörung von Ackerland und Lebensräumen für Wildtiere, umfangreicher Kinder- und Sklavenarbeit sowie einer enormen Belastung der Luft und des Wassers durch Giftstoffe einhergeht.

Alle hochbezahlten Arbeitsplätze, die durch die Installation und Wartung von Offshore-Windkraftanlagen verloren gehen könnten, würden durch Arbeitsplätze im Bau und Betrieb von Kohle-, Gas- und Kernkraftwerken ersetzt, die zuverlässigen, erschwinglichen Strom in Mengen erzeugen, die die energiehungrige Nation benötigt – für KI, Rechenzentren, Krankenhäuser, Fabriken und einen modernen Lebensstandard.

Höhere Energiepreise sind in erster Linie das Ergebnis einer Politik, die Wind- und Solarenergie begünstigt. Viele Kosten sind in Subventionen und Strompreisaufschlägen versteckt. In Bundesstaaten und Ländern mit dem höchsten Anteil an Wind- und Solarenergie sind die Preise viel höher, vor allem weil sie jedes Megawatt „erneuerbarer“ Energie durch Generatoren duplizieren müssen, welche die Stromversorgung auch dann sicherstellen, wenn es weder Wind noch Sonne gibt.

Eine starke Abhängigkeit von Wind- und Solarenergie führt zu wiederholten, oft großflächigen Stromausfällen. Extrem hohe Strompreise vernichten Arbeitsplätze. **Der Ersatz von Wind- und Solarenergie durch Gas, Kohle und Kernkraft bedeutet zuverlässigen, erschwinglichen Strom, der Industrie und Beschäftigung unterstützt und erhält.**

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Die Bundesstaaten können diese Hafenmodernisierungen weiterhin selbst finanzieren und ihre Träume von Offshore-Windkraftanlagen weiterverfolgen. Allerdings müssen sie auch gefährdete Wale und andere Meerestiere, U-Boote der Marine und andere militärische Operationen, Fischereifahrzeuge sowie wichtige Luft- und Landtransportaktivitäten schützen, die durch Offshore-Windkraftanlagen gefährdet werden könnten.

Die amerikanischen Haushalte, Arbeitsplätze, Gesundheit, Sozialleistungen und Umweltschäfte können sich keine weiteren Energie-Phantastereien leisten, insbesondere keine Offshore-Windkraft.

Das Verkehrsministerium hat die richtige Entscheidung getroffen, diese Subventionen für Windkraftanlagen zu beenden und das Geld dorthin umzuleiten, wo es wirklich gebraucht wird.

This article originally appeared at [DC Journal](#)

Link:

<https://www.cfact.org/2025/09/25/transportation-dept-takes-more-wind-out-of-offshore-wind/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Der Oberste Gerichtshof muss die Erpressungsversuche der US-

Bundesstaaten in Sachen Klimaschutz stoppen!

geschrieben von Chris Frey | 2. Oktober 2025

Bonner Cohen, Ph. D.

Da die Vereinigten Staaten das falsche Versprechen der grünen Energie in einem Tempo aufgeben, das noch vor kurzem kaum jemand für möglich gehalten hätte, droht eine Flut von Klagen gegen Produzenten fossiler Brennstoffe, die vor staatlichen Gerichten eingereicht wurden, die Bemühungen des Landes um eine globale Energiedominanz zu behindern.

Unter Berufung auf die durch den vom Menschen verursachten Klimawandel bedingten Gefahren für die öffentliche Gesundheit machen Kläger aus verschiedenen Gerichtsbarkeiten geltend, dass fossile Brennstoffunternehmen nach dem Deliktsrecht der Bundesstaaten lokalen Schaden verursachen. Die Anwendung des Deliktsrechts der Bundesstaaten auf globale Treibhausgasemissionen würde den Bundesstaaten jedoch extraterritoriale Zuständigkeit verleihen und der föderalen Struktur des Clean Air Act zur Regulierung von Schadstoffen zuwiderlaufen.

In einer Klage aus dem Jahr 2018, in der Boulder County in Colorado von Exxon Mobil und Suncor Energy Schadenersatz wegen Klimaschäden forderte, wurde behauptet, dass die Aktivitäten der Unternehmen im Bereich fossiler Brennstoffe den Klimawandel verschärfen und nach den Deliktsgesetzen des Bundesstaates lokalen Schaden verursachen. In einer 5:2-Entscheidung wies der Oberste [Gerichtshof](#) von Colorado die Einrede der Unternehmen hinsichtlich der Vorrangigkeit des Bundesrechts zurück und ließ die Klage vor dem Staatsgericht zu.

Die Auswirkungen der Entwicklungen in Colorado auf die Energieversorgung und die nationale Sicherheit des Landes sind der Washington Legal Foundation nicht entgangen. „Wenn man den staatlichen Gerichten erlaubt, den globalen Klimawandel durch Deliktsklagen zu regulieren, gefährdet dies die nationale wirtschaftliche Stabilität und die Autorität des Bundes“, erklärte Cory Andrews, General Counsel und Vice President of Litigation der Stiftung.

Die Washington Legal Foundation argumentiert, dass „Klagen wegen Klimawandelschäden einzigartige föderale Interessen betreffen und daher eine einheitliche föderale Entscheidungsregelung erfordern, anstatt ein Flickwerk aus einzelstaatlichen Urteilen“. Sie fügte hinzu: „Die Zunahme solcher Klagen könnte dem Energiesektor eine erdrückende Haftung auferlegen, den zwischenstaatlichen Föderalismus stören und die nationalen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen untergraben, sodass ein Eingreifen des Obersten [Gerichtshofs](#) erforderlich wäre, um diesen katastrophalen Trend zu stoppen.“

Gemeinsam mit der Atlantic Legal Foundation, dem Pelican Institute, dem Frontier Institute, dem Independence Institute, dem Manhattan Institute und der Federation of Defense & Corporate Counsel beantragt die Washington Legal Foundation beim Obersten Gerichtshof genau dies: einzugreifen, bevor der Fall in Colorado (und ähnliche Maßnahmen von Bundesstaaten und Kommunalverwaltungen) außer Kontrolle geraten.

„Und falls sie Erfolg haben“, so die Washington Legal Foundation in einem diesen Monat beim Obersten Gerichtshof eingereichten Schriftsatz, „werden andere Unternehmen und sogar Einzelpersonen, die angeblich durch den Klimawandel geschädigt wurden, als Nächste gegen die gleiche Gruppe von Beklagten aus der fossilen Brennstoffindustrie klagen – vorausgesetzt, die Branche übersteht den Ansturm einer Vielzahl von Bundesstaaten und Kommunalverwaltungen.“

Glücklicherweise stehen zivilrechtliche Klagen gegen den Energiesektor auf wackeligen rechtlichen Beinen. „Schadensersatzklagen, die versuchen, einen einzelnen Faktor oder eine einzelne Ursache für den globalen Klimawandel herauszugreifen, stehen im Widerspruch zu zwei wichtigen wissenschaftlichen Fakten: (i) Der Klimawandel kennt keine Grenzen und (ii) es gibt unzählige Quellen für Treibhausgasemissionen sowohl in den Vereinigten Staaten als auch im Ausland“, heißt es in dem Schriftsatz. „Aus diesem Grund berühren die Klagen einer Stadt, eines Landkreises oder einer anderen politischen Untergliederung wegen angeblicher lokaler Auswirkungen des Klimawandels, egal wie banal sie bezeichnet oder kunstvoll formuliert sind, zwangsläufig einzigartige Bundesinteressen, die zivilrechtliche Klagen wegen Klimawandels nach staatlichem Recht ausschließen.“

Obwohl sie unter dem Deckmantel des Schutzes der Öffentlichkeit vor den vermeintlichen Schrecken des Klimawandels stehen, sind diese Schadensersatzklagen nichts anderes als ausgeklügelte Erpressungsversuche einer erfolgreichen Industrie durch finanzschwache, hoch besteuerte Bundesstaaten und Kommunalverwaltungen. Im Dezember unterzeichnete die Gouverneurin von New York Kathy Hochul ein Gesetz, das es dem Staat erlaubt, Öl- und Erdgasunternehmen in den nächsten 25 Jahren mit einer Geldstrafe von insgesamt 75 Milliarden Dollar zu belegen, weil sie angeblich für klimabedingte Schäden an der Infrastruktur des Staates verantwortlich sind.

Das New Yorker Klimawandel-Superfonds-Gesetz orientiert sich am Verursacherprinzip, das im ursprünglichen Superfonds-Gesetz von 1980 verankert ist und besagt, dass diejenigen, die für die Verschmutzung durch Giftstoffe verantwortlich sind, auch für die Sanierung aufkommen müssen. Die Gleichbehandlung von farblosen, geruchlosen Kohlendioxidemissionen aus der Produktion und Verbrennung fossiler Brennstoffe mit industriellen Verschmutzungen alter Art verzerrt jedoch die wichtige Rolle von Kohlendioxid für das Pflanzenwachstum, einschließlich der auf Ackerland angebauten Nutzpflanzen.

Tatsächlich steht die Dämonisierung von Kohlendioxid im Mittelpunkt der Klimapolitik, deren negative Folgen weltweit zu spüren sind. In Europa beispielsweise werden „Netto-Null“-Maßnahmen, mit denen bis Mitte des Jahrhunderts eine Null-Kohlendioxid-Bilanz erreicht werden soll, zunehmend als Torheit angesehen, die zu einer selbstverschuldeten Deindustrialisierung des Kontinents geführt hat.

„Die Deutschen haben jahrelang eine idiotische Klimapolitik toleriert, bis der Netto-Null-Ausstoß begann, die hochgeschätzte Automobilindustrie des Landes zu zerstören“, schrieb Joseph Sternberg kürzlich im Wall Street Journal. „Jetzt verlieren die Deutschen schnell das Interesse am Klimaschutz.“

Lee Zeldins Umweltschutzbehörde stellt die Gefährdungsfeststellung der Obama-Regierung aus dem Jahr 2009 in Frage, die den Weg für bundesweite Klimaregulierungen ebnete, und argumentiert nun, dass sie gemäß dem Clean Air Act nicht befugt sei, Kohlendioxid als Schadstoff zu regulieren. Der Clean Air Act, nicht die staatlichen Gerichte, die das Deliktsrecht anwenden, regelt die landesweiten Emissionen in die Luft.

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Der Oberste **Gerichtshof** kann Chaos im Justizsystem und die Zerstörung der amerikanischen Wirtschaft verhindern, indem er ein für alle Mal der Machtübernahme durch übergriffige staatliche Gerichte ein Ende setzt.

This article originally appeared in the Washington Times

Link:

<https://www.cfact.org/2025/09/26/supreme-court-must-halt-states-climate-shakedowns/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Milliarden ausgegeben – und die Atmosphäre merkt es nicht

geschrieben von Chris Frey | 2. Oktober 2025

Willis Eschenbach

Atmen wir tief durch, beruhigen wir uns und betrachten wir den wirtschaftlichen Zaubertrick des Jahrzehnts: Kohlenstoffabscheidung à la König Charles und Premierminister Starmer. Stellen Sie sich Folgendes

vor: Die britische Regierung investiert 21,7 Milliarden Pfund in zwei großartige, grüne Maschinen aus Stahl und Beton in Teesside und Merseyside. Diese Schönheiten werden, wenn (falls) sie 2028 in Betrieb gehen, jedes Jahr bis zu 8,5 Millionen Tonnen CO₂ aus dem Luftstrom herausfiltern. Das nennt man „CCS“, also Carbon Capture and Storage (Kohlenstoffabscheidung und -speicherung).

Oh, und habe ich schon erwähnt, dass sie das CO₂ offshore pumpen und unterirdisch injizieren? Das CO₂ wird in den salzhaltigen Grundwasserleiter Endurance injiziert, eine geologische Formation unter der Nordsee in etwa 1300 bis 1500 Metern Tiefe unter dem Meeresboden ... und sie sagen, dass dieses Verfahren mit einer „Wahrscheinlichkeit von 99,9 %“ tatsächlich funktionieren wird. Und das wissen sie, weil ihre hochmodernen Computermodelle das sagen, also schweigen Sie und machen Sie mit bei dem Plan!



An onshore section of a CO₂ transport pipeline for the onward transport of the captured CO₂ to a suitable offshore geological storage site in the North Sea.

Nun höre ich schon den tosenden Applaus der wohlmeinenden Klimakämpfer. Halten Sie sich fest. Diese jährliche Ausbeute? Sie macht winzige 0,02 % der weltweiten CO₂-Emissionen aus – ja, Freunde, zwei Hundertstel Prozent. Für diejenigen, die zu Hause mitrechnen: Selbst wenn die Anlage zwei Jahrzehnte lang einwandfrei läuft, beträgt die Gesamtmenge über die gesamte Lebensdauer 170 Millionen Tonnen CO₂ – ein Tropfen auf den

heißen Stein.

An dieser Stelle wandeln sich die mathematischen Berechnungen von einer Tragikomödie zu einer Farce:

[Hier bringt Eschenbach im Original einen Cartoon, den wir hier wg. unklaren Copyrights nicht bringen können. Es lohnt sich aber, sich das im Original mal anzuschauen. A. d. Übers.]

Die geschätzten Betriebskosten belaufen sich auf 270 Dollar pro Tonne, wobei die anfänglichen Baukosten noch nicht mitgerechnet sind. Rechnet man die Betriebskosten und die Investitionskosten in Höhe von 29 Milliarden Dollar zusammen, steht Großbritannien vor Gesamtkosten von 75,2 Milliarden Dollar über einen Zeitraum von 20 Jahren, was etwa 443 Dollar pro abgeschiedener Tonne entspricht.

Acht Millionen Tonnen pro Jahr mal 443 Dollar pro Tonne ergeben laufende Kosten für Großbritannien in Höhe von 3,8 Milliarden Dollar pro Jahr. Nehmen wir einmal vier Milliarden Dollar pro Jahr an – die Regierung ist daran beteiligt, also wissen Sie, dass es so viel sein wird, wahrscheinlich sogar mehr.

Denken Sie daran, wie viel Gutes man mit diesem Geld bewirken könnte. Die Menschen sind sich nicht bewusst, wie viel vier Milliarden Dollar sind. Hier ein Beispiel:

Der Bau eines Dorfbrunnens in Afrika kostet etwa fünfzehntausend Dollar. Nach Abzug aller Schmiergelder sind es dann etwa zwanzigtausend Dollar.

Vier Milliarden Dollar reichen aus, um in insgesamt ZWEIHUNDERTTAUSEND DÖRFERN einen Dorfbrunnen zu bauen.

Oder anders ausgedrückt: In UK gibt es etwa achttausend Städte mit einer Einwohnerzahl zwischen 1000 und 100.000.

Vier Milliarden reichen aus, um jeder dieser achttausend Städte eine halbe Million Dollar (375.000 £) zu geben ... jedes Jahr. Glauben Sie, Ihre Stadt könnte jedes Jahr eine halbe Million Dollar gebrauchen, um Schlaglöcher zu reparieren oder ähnliches?

Und anstatt Brunnen zu bohren, Schlaglöcher zu reparieren oder eine der hundert anderen Maßnahmen zu ergreifen, die in der realen Welt tatsächlich etwas bewirken würden, werden diese vier Milliarden Dollar nicht nur einmal, sondern im Durchschnitt **jedes Jahr während der gesamten Lebensdauer der Anlage** dafür ausgegeben, einen winzigen Bruchteil des weltweiten CO₂-Ausstoßes zu binden.

[Hervorhebung im Original]

Wie winzig ist dieser Bruchteil? Zu winzig, um ihn überhaupt messen zu können.

Seien wir einmal ambitioniert. Nehmen wir für einen Moment an, dass die politischen Entscheidungsträger des Planeten ihren Verstand verlieren und versuchen, diese Millionen Tonnen gebundenen CO₂ auf Milliarden Tonnen CO₂ in planetarem Maßstab zu skalieren.

Um die gesamten Emissionen eines Jahres in Höhe von 37 Milliarden Tonnen zu diesen Preisen zu erfassen und zu speichern, wären Kosten in Höhe von 16,3 Billionen Dollar pro Jahr erforderlich. Ja, Sie haben richtig gelesen. Das ist „Billionen“ mit einem „B“, kein Tippfehler. Pro Jahr. Vergessen Sie neue Schulen, Straßen oder Krankenhäuser. Wir würden Pipelines nach Grönland verlegen und Kredite von Marasmenschen aufnehmen, nur um die CCS-Zähler am Laufen zu halten.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Flaggschiff-CCS-Anlage Großbritanniens wird jährliche Emissionen binden, die so gering sind, dass man in einem Dezimalquiz größere Bruchteile finden würde, und das zu einem Preis pro Tonne, den man eher auf einer Luxuskreuzfahrt erwarten würde. Multiplizieren Sie das mit dem globalen Maßstab, und Sie befinden sich tief in der finanziellen Einöde.

Aber Kopf hoch! Selbst wenn Sie sich kein Gas, keine Lebensmittel und keinen Strom leisten können, könnten wir für lächerliche 16 Billionen Dollar pro Jahr vielleicht – vielleicht – verhindern, dass sich die Nadel der Atmosphäre bewegt.

Oder Sie, liebe Briten, könnten einfach ruhig ausatmen, jemand anderen die Revolution finanzieren lassen und Ihre Schlaglöcher reparieren.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/09/27/billions-spent-atmosphere-doesnt-notice/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Vorsicht vor der Klimakampagne, die mit den Medien kungelt und die Gerichte „aufklärt“

geschrieben von Chris Frey | 2. Oktober 2025

[Gary Abernathy](#)

Haben Sie sich jemals gefragt, warum Mainstream-Nachrichten in ihrer

Berichterstattung über den „Klimawandel“ so einseitig erscheinen, indem sie die radikalsten Theorien propagieren und gleichzeitig sogenannte „Klimaleugner“ lächerlich machen? Haben Sie sich auch schon einmal gefragt, wie Richter, die weder Wissenschaftler noch Klimaexperten sind, Urteile fällen, die dem Klimakult zugutekommen, und dabei wissenschaftliche „Fakten“ und „Beweise“ anführen, um ihre Urteile zu untermauern?

Zwei aufeinanderfolgende Berichte Anfang September liefern einige Antworten und zeigen jeweils, wie tief die Kräfte des Klimawandels sowohl unsere Nachrichten als auch unsere Justiz infiltriert haben.

Jahrzehntelang galt CBS News – die traditionsreiche Heimat von Ikonen wie Edward R. Murrow und Walter Cronkite – als Goldstandard des Fernsehjournalismus'. Die Berichterstattung des „Tiffany Network“ war zwar manchmal umstritten, galt aber stets als gründlich recherchiert und stolz unabhängig. CBS News war stolz auf seine unantastbare Integrität – „And that's the way it is“, versicherte uns Cronkite jeden Abend, wenn er sich verabschiedete.

Was die Berichterstattung über Klimathemen angeht, sind diese Zeiten vorbei. Für einige klimabezogene Beiträge arbeitet CBS News seit kurzem mit Climate Central zusammen, einer gemeinnützigen Organisation, die sich selbst als „politisch neutral“ und „unabhängig“ bezeichnet, aber auf ihrer Website einräumt, dass sie „Wissenschaft, Big Data und Technologie nutzt, um Tausende von lokalen Geschichten und überzeugenden Bildern zu generieren, die den Klimawandel persönlich machen und zeigen, was dagegen getan werden kann. Wir befassen uns mit Klimawissenschaft, dem Anstieg des Meeresspiegels, Extremwetter, Energie und verwandten Themen.“

Anfang September [berichtete](#) Fox News: „Im vergangenen Monat veröffentlichte CBS News einen Bericht über schmelzende Gletscher, der auch in der Sendung ‚Sunday Morning‘ ausgestrahlt wurde. Ben Tracy war der Korrespondent für diesen Beitrag, dessen Name oben im Artikel stand. Am Ende des Artikels stand der Hinweis: ‚Artikel erstellt von Chris Spinder in Zusammenarbeit mit Climate Central. Redakteur: Chris Jolly.‘“ Fox News merkte an, dass ein weiterer Artikel von CBS News im Juli, „der ebenfalls mit einem Beitrag von Tracy in Verbindung stand, den Hinweis enthielt, dass der Artikel ‚in Zusammenarbeit mit Climate Central erstellt wurde‘.“

Tatsächlich arbeiten Tracy und Spinder „für Climate Central. Nur Jolly ist laut seiner LinkedIn-Seite derzeit Mitarbeiter von CBS News.“ So viel zu fairem, ausgewogenem und unabhängigem Journalismus.

Auf seiner Website [röhmt](#) sich Climate Central seines Einflusses auf Nachrichtenorganisationen und weist darauf hin, dass es durch sein Programm „Partnership Journalism“ „Daten, wissenschaftliche Erkenntnisse und Datenberichte, redaktionelle Beiträge und Beratung für gemeinsame

Berichterstattungen auf der Grundlage neuer Klimadaten bereitstellt“. Die Website enthält [Links](#) zu zahlreichen „Nachrichten“-Artikeln, an denen Climate Central „mitgewirkt“ hat, von alternativen Energieagenturen bis hin zu traditionellen Nachrichtenagenturen.

Während in den [Richtlinien](#) steht, dass die „Partner“ die „meisten endgültigen redaktionellen Entscheidungen“ treffen, fügt Climate Central hinzu: „Wir bestehen auf wissenschaftlicher Genauigkeit und Kontext. Wenn wir uns nicht auf die wissenschaftlichen Aspekte einer Geschichte einigen können, vereinbaren wir im Voraus, das Projekt zu stoppen.“ Hat CBS News dem zugestimmt?

Es mag zwar nicht schockierend sein, dass linksradikale (ehemals etablierte) Nachrichtenagenturen mit externen Klimagruppen „zusammenarbeiten“, um ihre Berichte zu erstellen, doch beunruhigender ist die Vorstellung, dass unsere Gerichte solchen Einflüssen ausgesetzt sein könnten. Und doch erschien einen Tag vor dem Bericht von Fox News über CBS ein [Bericht](#) der National Review, der genau das enthüllte.

„Ein ‚Bildungsprogramm‘, das darauf abzielt, Richter davon zu überzeugen, sich in staatlichen und bundesstaatlichen Verfahren auf die Seite von Klimaaktivisten zu stellen, hat bereits mehr als 2000 Richter im ganzen Land erreicht“, berichtete das Magazin. „Das Programm mit dem Namen Climate Judiciary Project (CJP) wurde 2018 vom Environmental Law Institute (ELI) ins Leben gerufen. Sein Ziel ist es laut ELI, ‚Bundes-, Staats- und Lokalrichtern die grundlegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Verfügung zu stellen, die sie benötigen, um über die von ihnen geleiteten Klimaprozesse zu entscheiden.‘“

Der Artikel weist darauf hin, dass der Justizausschuss des Repräsentantenhauses kürzlich eine Untersuchung des ELI eingeleitet hat, „um dessen Verbreitung von Bildungsprogrammen zum Klimawandel zu untersuchen, die darauf abzielen, sowohl Staats- als auch Bundesrichter zu beeinflussen, in klimabezogenen Fällen zugunsten der Kläger zu entscheiden.“

ELI beharrt darauf, politisch unparteiisch zu sein, und bestreitet, sich um die Beeinflussung von Richtern zu bemühen. Jason Isaac, CEO des American Energy Institute, erklärte jedoch gegenüber National Review: „Diese Untersuchung durch den Kongress ist eine notwendige und willkommene Entwicklung. Viel zu lange hat das Climate Judiciary Project des Environmental Law Institute unter dem Deckmantel der Neutralität agiert und dabei still und leise koordinierte Bemühungen vorangetrieben, um Richter in klimabezogenen Rechtsstreitigkeiten zu beeinflussen.“

Es ist gängige Praxis in den Nachrichtenmedien, sich für faktenbasierte Hintergrundinformationen an Experten zu wenden. Eine offene „Partnerschaft“ mit themenbezogenen Organisationen zur Erstellung von Berichten stellt jedoch einen Verstoß gegen das Vertrauen zwischen Journalisten und Nachrichtenkonsumenten dar. Ebenso wird die Fairness

und Unabhängigkeit, welche die Grundlage unseres Justizsystems bildet, ernsthaft untergraben, wenn Gerichte durch „Aufklärungsmaterialien“ von externen Gruppen „informiert“ werden, die einen bestimmten Standpunkt vertreten.

Die Bemühungen des Justizausschusses des Repräsentantenhauses sind ein guter Anfang, aber anstatt sich um Dinge wie die Verwendung des Autopen durch den ehemaligen Präsidenten Biden oder andere aussichtslose Untersuchungen zu kümmern, sollte der Kongress die Bemühungen von Klimaaktivisten genauer untersuchen, das amerikanische Volk über unsere Medien zu beeinflussen und gerichtliche Entscheidungen in unseren Gerichten zu beeinflussen.

Es ist zwar gut, dass diese Konflikte ans Licht gebracht wurden, aber es ist nicht unvernünftig zu vermuten, dass diese Verstrickungen nur die Spitze des Eisbergs darstellen – eines Eisbergs, von dem selbst die radikalsten Klima-Fanatiker zugeben müssen, dass er noch lange nicht geschmolzen ist.

Gary Abernathy is a longtime newspaper editor, reporter and columnist. He was a contributing columnist for the Washington Post from 2017-2023 and a frequent guest analyst across numerous media platforms. He is a contributing columnist for [The Empowerment Alliance](#), which advocates for realistic approaches to energy consumption and environmental conservation. The opinions expressed are those of the author and do not necessarily reflect the views of The Empowerment Alliance.

This article was originally published by RealClearEnergy and made available via RealClearWire.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/09/25/beware-how-the-climate-crusade-partners-with-the-media-and-educates-the-courts/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Einordnung des Septembers 2025 in die DWD-Zeitreihe – Teil 1

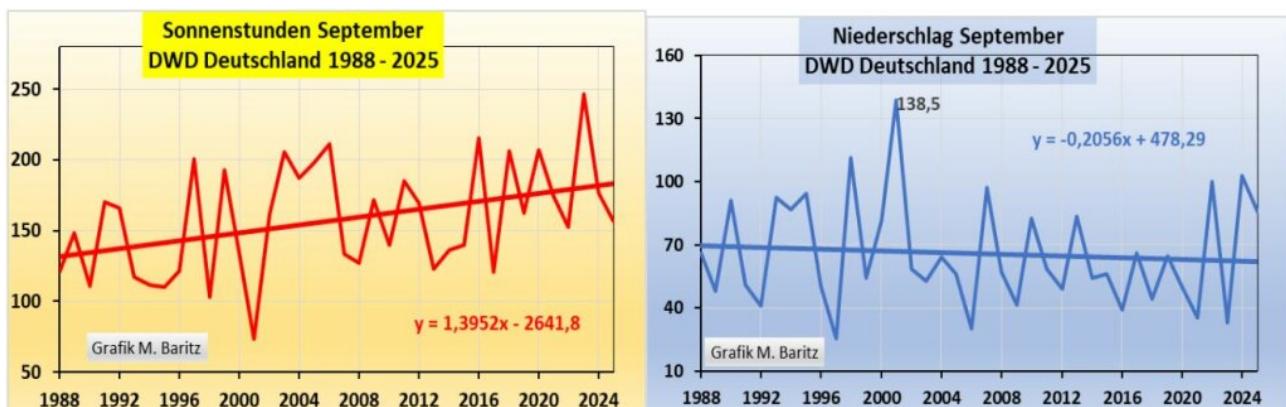
geschrieben von Chris Frey | 2. Oktober 2025

Kein CO₂-Treibhauserwärmungssignal erkennbar.

Von Josef Kowatsch, Matthias Baritz,

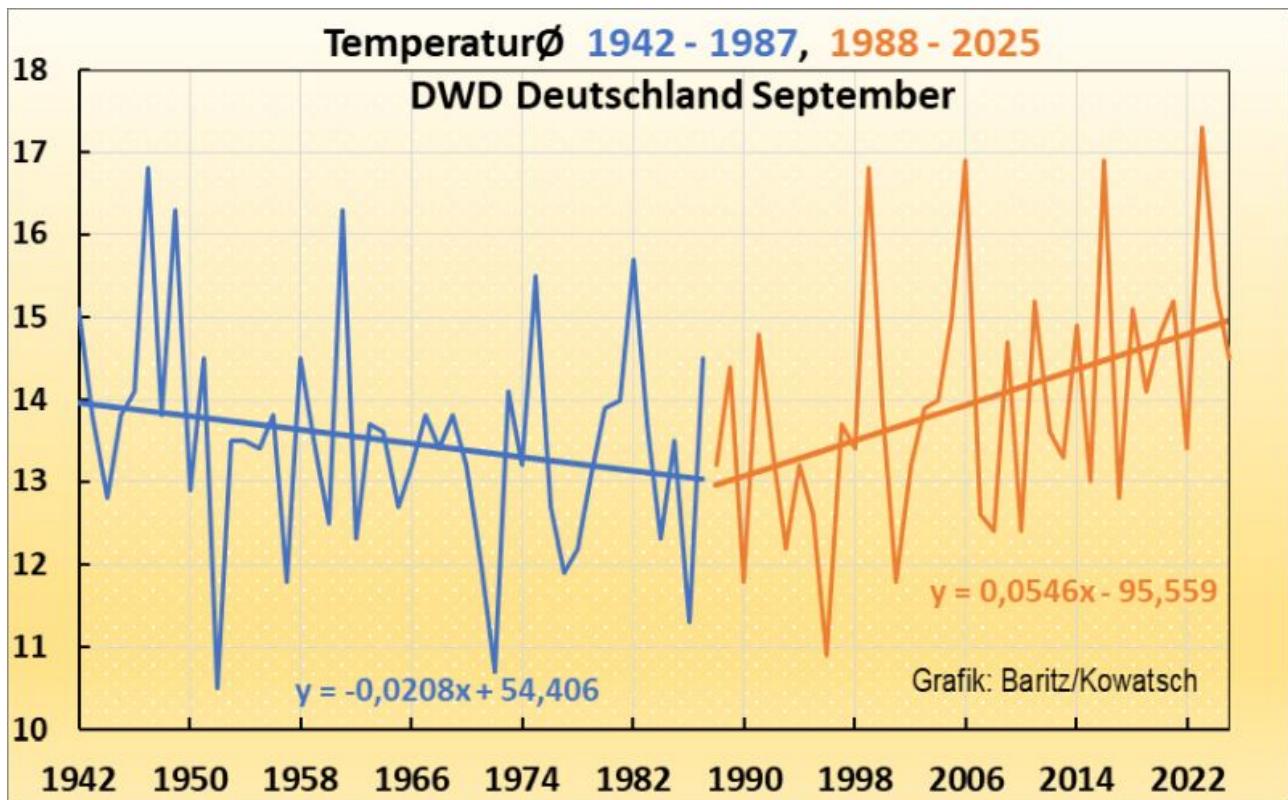
- Der September wurde zwischen 1942 bis 1987 kälter
- Die CO₂ Konzentrationen haben jedoch ständig zugenommen, auch bis 1987.
- Erst ab 1988 bis heute wurde der September angenehm wärmer.
- Wir brauchen mehr Natur- und Umweltschutz und mehr CO₂ in der Atmosphäre

September 2025 laut DWD: Schnitt: 14,5°C. Für Natur- und Wetterbeobachter gefühlt zu warm gemessen. Weitere Daten: Sonnenstunden 157 genau im Schnitt und auch reichlich Niederschlag mit 86 l/m², siehe Grafiken. Allerdings waren die Niederschläge wie schon immer ungleich verteilt in Deutschland. Im Saarland gab es Niederschlagsrekorde.



Grafik 1: Die Septembersonnenstunden sind seit 1988 steigend, die Niederschläge leicht fallend

Zu den Temperaturen: Wir ordnen diesen September 2025 zunächst in die Messreihen seit 1942 ein. Vor 83 Jahren in ein ganz anderes Deutschland mit anderen Grenzen, mit geringerem Lebensstandard, viel geringerem Energieverbrauch nebst viel geringerer Einwohnerdichte und ungleich mehr feuchten und nassen Naturflächen ein. Damit wollen wir sagen: Deutschland hat sich vollkommen wärmend verändert durch menschliches Zutun, was natürlich auch Auswirkungen auf die gemessenen Temperaturen hat.



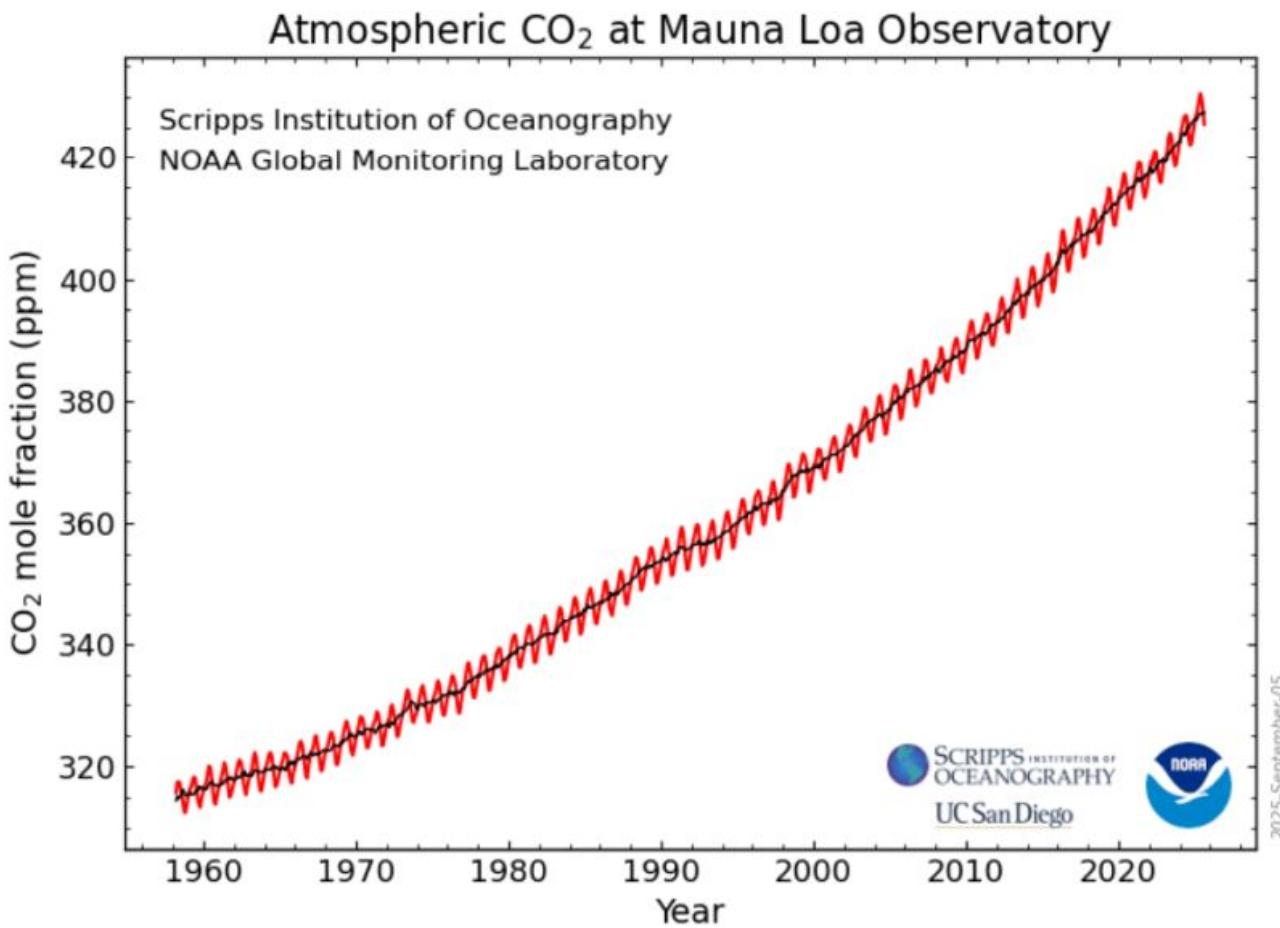
Grafik 2: Von 1942 bis 1987 sanken laut DWD die Septembertemperaturen – trotz CO₂-Zunahme – erst seit 1988 registriert der DWD mit seinen heutigen Wetterstationen eine ständige angenehme September-Erwärmung. Beachte, der September hat keinen Sprung der Temperaturtrendgeraden 1987/88

Erg: Zuerst 45 Jahre lang kälter werdend, dann kein Sprung der Temperaturtrendgeraden, sondern ab 1988 Wechsel in eine angenehme Septembererwärmung. Schon mit dieser Septembertemperaturgrafik aufgezeichnet nach den Originaldaten des Deutschen Wetterdienstes (DWD) ist die Behauptung einer steten Erwärmung durch Treibhausgase widerlegt.

Die an uns gut verdienende Treibhausglaubenskirche behauptet, dass die neuzeitliche Erwärmung durch Treibhausgase verursacht ist, hauptsächlich durch CO₂ und für deren Anstieg in der Luft sind wiederum die Menschen verantwortlich. Für diese Falschbehauptung müssen wir zahlen, um durch völlig unnütze Maßnahmen die angebliche CO₂-Erderwärmung zu stoppen. So funktioniert das Geschäftsmodell der Treibhauskirche.

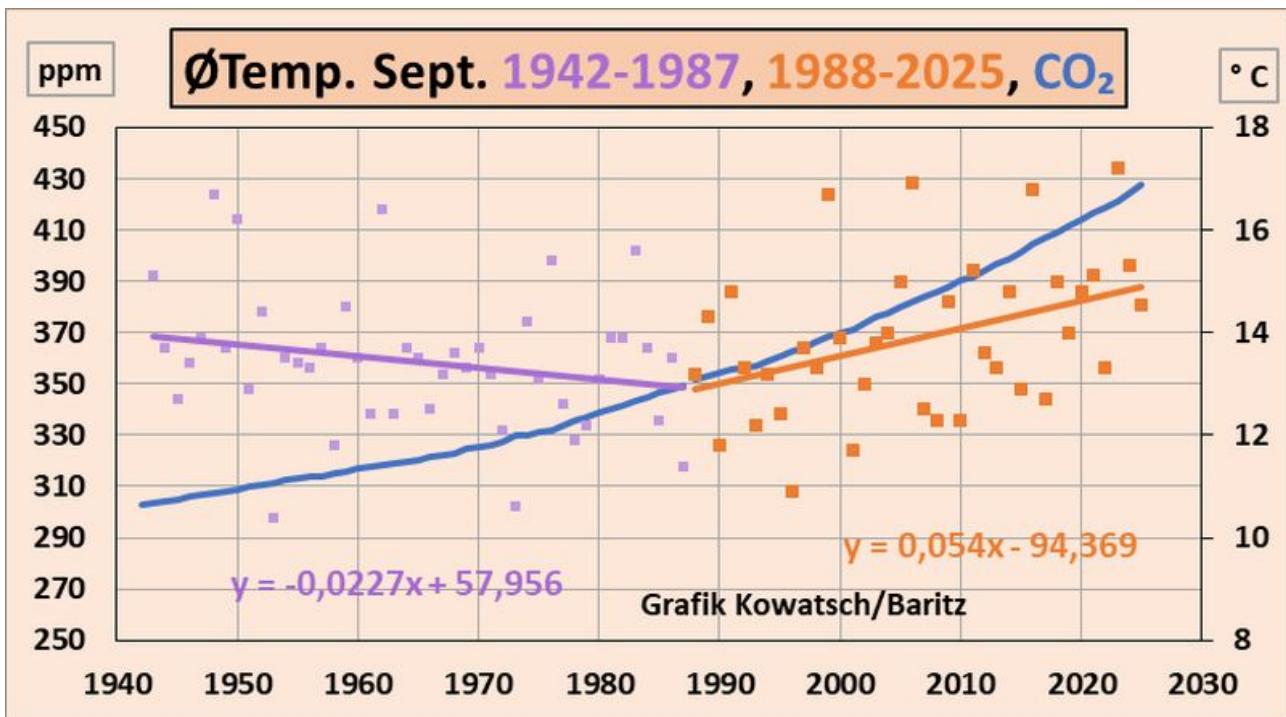
Richtig ist: Kohlendioxid kann nicht 45 Jahre lang abkühlend wirken, dann 1988 mit der Gründung des Weltklimarates – wie mit einem Zeitzünder versehen – plötzlich aufwachen und für die Temperaturzunahme verantwortlich sein.

Ganz anders als die Abbildung 1 der Temperaturen sieht der CO₂-Verlauf aus, gemessen am Mauna Loa:



Grafik 3: Steiler CO₂-Konzentrationsanstieg in der Atmosphäre seit 1958, dem Messbeginn am Mauna Loa, momentan 427 ppm. Im Gegensatz dazu setzte seit 1988, eigentlich erst so richtig ab 1998 der September mit seiner Septembererwärmung ein.

In der nächsten Grafik sind nun die Temperaturen mit der steigenden CO₂-Konzentration dargestellt:



Grafik 4: Temperaturtrendgeraden wie in Grafik 2, ergänzt durch die blaue durchgehend steigende CO₂-Kurve

Erkenntnis: Zwischen der Temperatur-Trendlinie des Monates September und der Mouna Loa CO₂-Steigungskurve gibt es erst ab 1998 bis heute eine Zufallskorrelation. Davor gingen beide Kurven vollkommen eigene Wege. Somit gibt es keinen erkennbaren Wirkungszusammenhang zwischen Kohlendioxid und Temperaturverlauf.

Merke: Der Deutsche Wetterdienst selbst zeigt mit seinen Daten, dass die CO₂-Treibhaustheorie falsch ist. CO₂ ist kein Temperatur-Regelknopf

Zu den DWD-Stationen einst und heute: Flächige Zunahme der Wärmeinseleffekte (WI)

- 1) In den letzten 100 Jahren hat der DWD sein Stationsnetz vollkommen ausgetauscht. Und die Stationen, die noch namentlich mitwirken für den Schnitt, standen einst an viel kälteren Standorten wie heute. Die Städte und Gemeinden waren noch viel kleiner, der Energieverbrauch je Einwohner viel geringer mit viel weniger Asphaltierungen
- 2) Außerdem hat sich seit der Einheit die Messerfassung der Temperaturen geändert. Bei den Wetterstationen wurde die englische Wetterhütte abgeschafft, auf digitale Erfassung im Freien umgestellt. Die Erwärmungswirkung aller Sonnenstunden müssen wirken können.
- 3) Seit 1942 hat sich Deutschland vollkommen wärmend verändert durch Asphaltierung, Bebauung und Trockenlegungen der freien Landschaft. Vor allem die Bebauung und Asphaltierung der einst freien Flächen nimmt täglich um etwa 40 Hektar zu. Stand: etwa 50 900 km² überbaute

Deutschland-Fläche

4) Vor allem in sonnenreichen Monaten trocknet auch der Boden in Feld, Wald und Fluren aus und die Verdunstungskühlung ging verloren, so dass die vom sonnenbeschienenen Boden aufsteigende Luft auf das Digitalthermometer trifft.

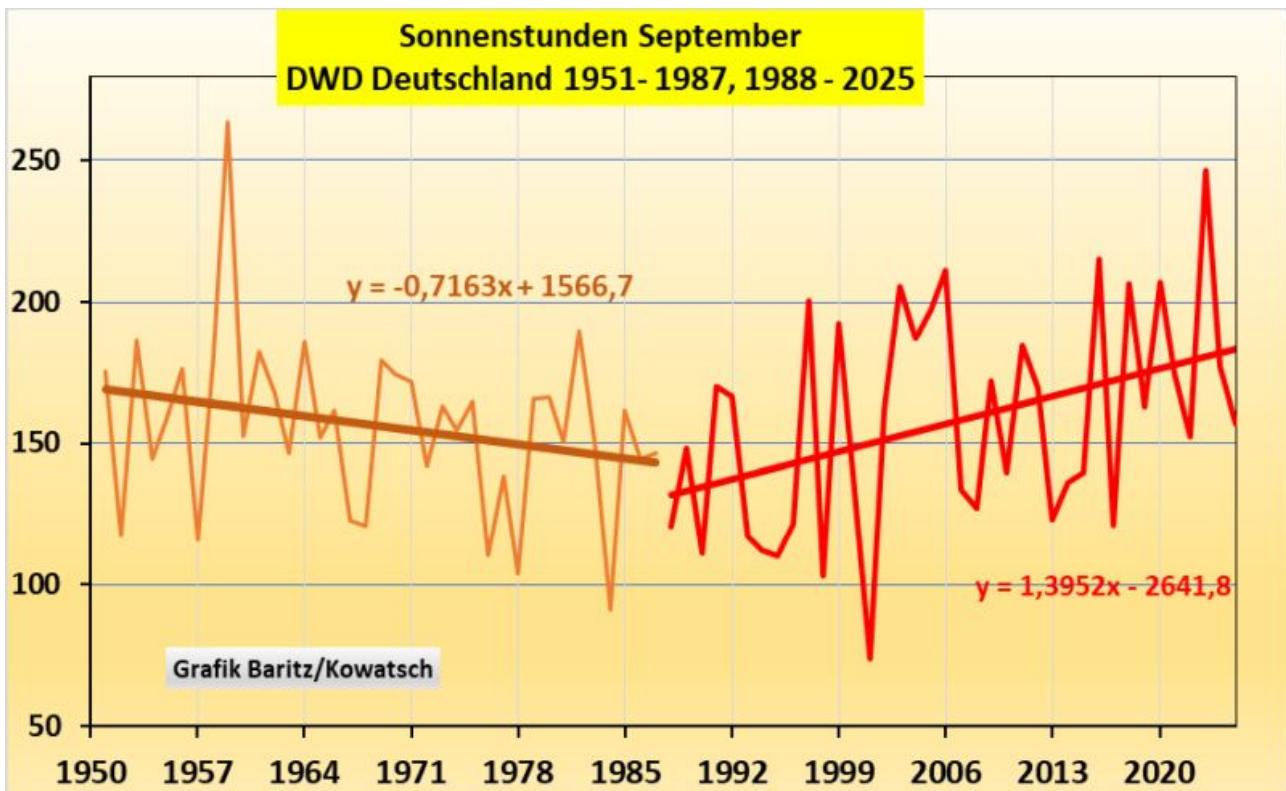
Wenn nicht Kohlendioxid und Treibhauseffekt, was hat dann zur angenehmen September-Erwärmung seit 1988 bis heute geführt? Antwort: Es gibt natürliche Gründe und vom Menschen verursachte

Die natürlichen Gründe sind vielfältig: Das Klima ändert sich immer. Die Änderung der Großwetterlagen, eine Umstellung von Nord/West auf mediterrane Einflüsse, (Ursache dafür ist der Jetstream), Bewölkungsabnahme, die Zunahme der Sonnenstunden, weniger Verdunstungskühlung, kosmische Strahlung, NOA, AMO und andere natürliche wetterbestimmende Faktoren für Mitteleuropa. Die erwärmende Wirkung der Luftreinhaltemaßnahmen hat die Strahlungsintensität zusätzlich zu den Sonnenstunden verstärkt: und örtliche Regionale Wetter- und Klimabedingungen.

Der anthropogene Einfluss: Die weitere Zunahme der Wärmeinseloberflächen, die Bebauung und Asphaltierung, sowie die großflächige Trockenlegung der Landschaft, der Felder, Wälder, Wiesen und Fluren. Dadurch sinkt die Verdunstungskälte zusätzlich.

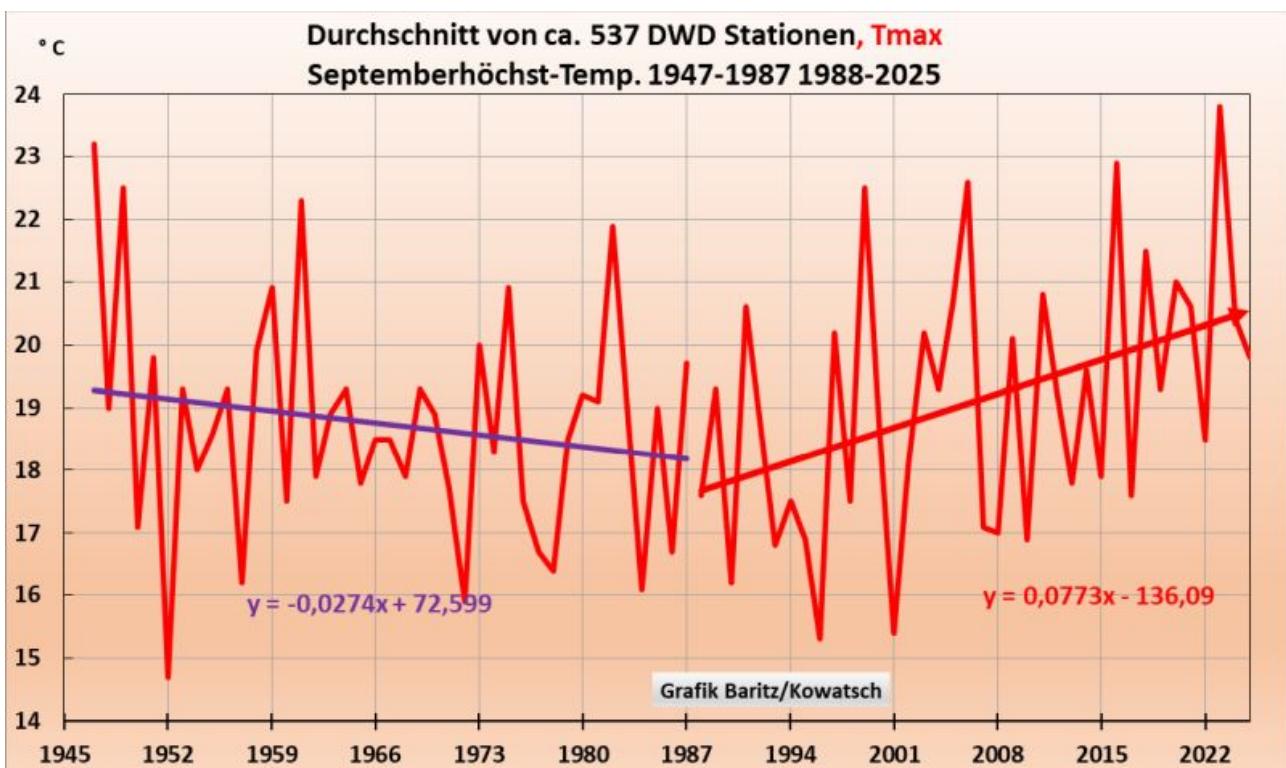
Unser Hauptgrund: Die Zunahme der Sonnenstunden – siehe Grafik 2 beim Monat September – betrachten wir als Hauptgrund der Septembererwärmung, zumal die Luftreinhaltemaßnahmen, die Intensität der Strahlung zusammen mit der Umstellung der Temperaturerfassung im Freiland ohne Schatten sich gegenseitig verstärken. Zusammen mit der nachlassenden Verdunstungskälte ergänzen sich die natürlichen und anthropogenen Gründe gegenseitig

Sonnenstunden als Hauptgrund des Temperaturverlaufes. Das zeigt auch diese Sonnenstunden-Grafik ab 1951 (Beginn der DWD-Aufzeichnungen)



Grafik 5: Leider erfasst der DWD flächendeckend die Sonnenstunden erst seit 1951. Doch die Ähnlichkeit mit dem Temperaturverlauf seit 1942, siehe Grafik 2 ist auffällig.

Da die Sonne nur tagsüber scheint: Noch deutlicher ist die Korrelation mit den am Tage gemessenen T_{max} Temperaturen.



Grafik. 6: Da die Sonne nur tagsüber scheint ist der Zusammenhang zwischen Sonnenstunden und Tageshöchsttemperaturen noch deutlicher, beachte insbesondere die Übereinstimmung 1987/88

Erkenntnis aus den Grafiken: Vor 1987 haben die Sonnenstunden in Deutschland (und anderen Ländern abgenommen, die Septembertemperaturen sind gesunken, der September wurde kälter. Ab 1988 haben die Sonnenstunden zugenommen, der September wurde wärmer. Insbesondere tagsüber.

Und der angeblich erwärmende Treibhauseffekt?

Wir können keinerlei CO₂-Wirkungen beim Septembertemperaturverlauf erkennen. Deshalb ist auch diese vom Mainstream verkündete Definition von Klimawandel falsch: *Der Begriff Klimawandel bezeichnet langfristige Temperatur- und Wetterveränderungen, die hauptsächlich durch menschliche Aktivitäten verursacht sind, insbesondere durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe*

Richtig ist der erste Teil der Definition, falsch ist der Schluss: „insbesondere durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe

Richtig müsste es heißen: Der Begriff Klimawandel bezeichnet langfristige Temperatur- und Wetterveränderungen durch die ständige menschenverursachte Vergrößerung der Wärmeinseloberflächen und durch natürliche Wetter- und Klimaveränderungen.

Nachgewiesenermaßen hat sich auch die Albedo der Erde in den letzten Jahrzehnten verringert, so dass die Energierückstrahlung ins All abgenommen hat.

Das Klima der Erde wird im Weltall gemacht, die Einflüsse der stets sich ändernden Weltallbedingungen einschließlich Sonne führen zu den ständig sich ändernden natürlichen Wettereinflüssen auf der Erde und in Deutschland

Grundforderung von uns Natur- und Umweltschützern: Die bewusst geplante und von der Regierung gewollte CO₂-Klimaangstmacherei in Deutschland muss eingestellt werden. Da müssen wir alle mithelfen.

Wir sind gegen teure CO₂-Reduzierungsmaßnahmen, die dem Klima nichts nützen, sondern der Natur und Umwelt zusätzlich schaden. Wir lehnen auch jede Freisetzung aus Flugzeugen von weißen Chemikalien-Staubwolken ab, um die Sonneneinstrahlung zu reflektieren. Die feinsten Feststoffteilchen sollen dabei als Kondensationskeime für breite Kondensstreifen dienen aus denen dann ein weißer Schleier entsteht, der sich vor die Sonne setzt, siehe nächstes Bild



Abb.7: normal oder haben Flugzeuge bereits nachgeholfen bei der Verschleierung des Himmels? Foto Kowatsch

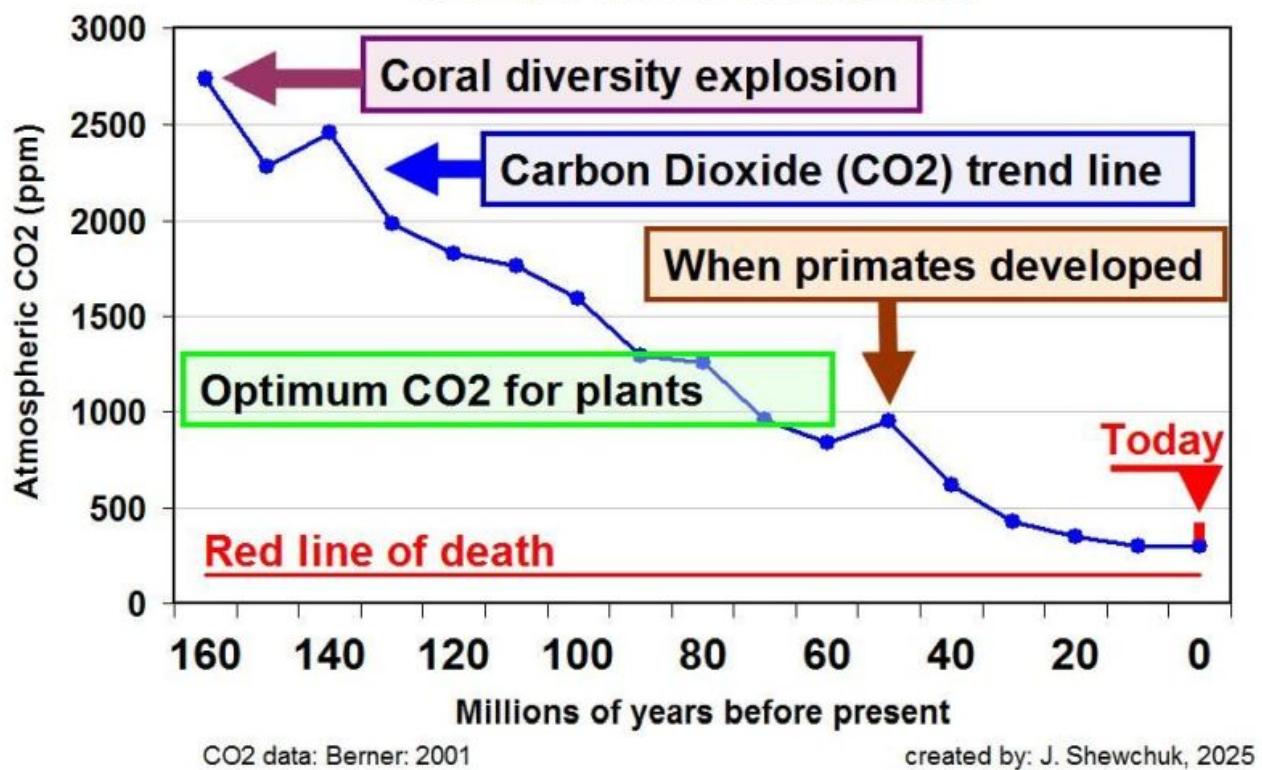
Was gegen heiße Sommertage wirklich hilft haben wir hier in 15 Vorschlägen [beschrieben](#).

Leider werden diese Maßnahmen gegen heiße Sommertage nicht umgesetzt, weil sie tatsächlich helfen würden und die sommerlichen Temperaturspitzen tagsüber eindämmen würden. Diese Hilfsmaßnahmen würden der CO₂-Treibhaustheorie widersprechen, deshalb entscheidet sich die Politik lieber für die teure CO₂-Bodenverpressung oder andere angeblich CO₂-mindernde Maßnahmen, die man dann auch noch irrigerweise als klimaneutral bezeichnet. Deutschland muss klimaneutral werden, das ist eine völlig unsinnige Forderung der Treibhauskirche, die unser Land zerstört. Unsere Vorschläge hingegen wären zugleich ein Beitrag zum Naturschutz, die Vielfalt und die Ökologie der Landschaft würde sich verbessern.

Wir brauchen mehr CO₂ in der Atmosphäre

Eine positive Eigenschaft hat die CO₂-Zunahme der Atmosphäre. Es ist das notwendige Wachstums- und Düngemittel aller Pflanzen, mehr CO₂ führt zu einem beschleunigten Wachstum, steigert die Hektarerträge und bekämpft somit den Hunger in der Welt. Ohne Kohlendioxid wäre die Erde kahl wie der Mond. Das Leben auf der Erde braucht Wasser, Sauerstoff, ausreichend Kohlendioxid und eine angenehm milde Temperatur. Der optimale CO₂-gehalt der Atmosphäre liegt bei 800 bis 1200ppm. Davon sind wir derzeit weit entfernt. Das Leben auf der Erde braucht mehr und nicht weniger CO₂ in der Luft. Untersuchungen der NASA [bestätigen](#) dies (auch [hier](#)).

We are in a CO2 famine



CO2 data: Berner: 2001

created by: J. Shewchuk, 2025

Abb. 8: Noch ist die Flora und Fauna auf diesem Planeten nicht gerettet. Wir haben bisher erst die CO₂-Konzentrationsabnahme stoppen können. Ein deutlicher CO₂-Aufwärtstrend ist noch nicht erkennbar.

Es wird Zeit, dass endlich Natur- und Umweltschutz in den Mittelpunkt politischen Handelns gerückt werden und nicht das teure Geschäftsmodell Klimaschutz, das keinerlei Klima schützt, sondern auf unser Geld zielt. Abzocke ohne Gegenleistung nennt man das.

Grundsätzlich ist die physikalische Absorption und Emission bestimmter Gase physikalische Realität und wird von uns nicht bestritten. Also das, wofür man fälschlicherweise den Begriff Treibhauseffekt nennt. Diesen Effekt gibt es, aber... Aber wie hoch ist die dadurch geglaubte Thermalisierung? Gibt es überhaupt eine? Von uns wird die beängstigende Höhe der bezahlten Treibhauswissenschaft von 2 bis 4,5 Grad CO₂-Klimasensitivität wissenschaftlich hinterfragt und bestritten, u.a. durch diesen Artikel.

Ganz falsch und völlig unbegründet ist die politische Klimapanikmache der letzten Jahre, die sämtliche Erwärmung seit 1988 ausschließlich auf CO₂ und andere Treibhausgase zurückführt und dieses lebensnotwendige Gas CO₂ sogar als Klimakiller und als schädliches Gift bezeichnet. Es ist eine Politik gegen die Schöpfung auf diesem Planeten.

Unser Standpunkt und unsere Motivation als Naturschützer: Die neuzeitliche Klimapanik mit CO₂ als Hauptsünde ist falsch und eine

Neuerfindung des Geschäftsmodells Ablasshandel der Kirchen im
Mittelalter. Es geht nur ums Geld und nicht um eine Planetenrettung. Wir
sind aufgerufen uns zu wehren, das Klima der Erde ist vollkommen normal

Matthias Baritz, Naturwissenschaftler und Naturschützer

Josef Kowatsch, Naturbeobachter, aktiver Naturschützer, unabhängiger,
weil unbezahlter Klimaforscher